

**László Bodolay, Thomas Feltes (Budapest/Villingen-Schwenningen)**

**Kriminalität, Opferfurcht und Viktimisierung in Ungarn: Hintergründe und Fakten  
zehn Jahre nach dem Ende des sog. „Sozialismus“**

Erschienen in: Die Kriminalpolizei 1, 18, 2000, S.14-17

**1. Allgemeine Probleme**

Ende der neunziger Jahre spürt man in Ungarn mehr denn je Probleme, von denen man nicht genau weiß, ob sie durch die Vergangenheit, durch den Systemwechsel oder schlichtweg dadurch bedingt sind, daß sich fast alles und jedes beständig verändert. Erhöhte Kriminalitätsraten, Drogenkriminalität und Drogenkonsum, organisiertes Verbrechen, Prostitution, Alkoholismus, Selbstmord und psychische Krankheiten sind Stichworte, die auch schon vor der Wende bekannt waren, jetzt aber zunehmend den Alltag vieler Bürger prägen und für ein steigendes Unsicherheitsgefühl sorgen.

An den ersten Stellen der abweichenden Verhaltensmuster stehen in Ungarn wie schon vor der "Wende" der Alkoholismus und eine Selbstmordrate, mit der dieses Land geradezu "Weltspitze" ist. Zudem soll jeder dritte Ungar unter irgendwelchen Neurosen leiden, und als Folge der tatsächlichen oder auch nur vermuteten Neurosen werden sehr viele Schlaf- und Beruhigungsmittel geschluckt. Die Ungarn rauchen enorm viel, und die Todesrate ist im europäischen Vergleich unangemessen hoch. Herz- und Kreislauferkrankungen (ca.50% der Todesfälle) und Krebs (ca. 25%) sind in zwei Dritteln aller Fälle die Todesursachen. Die Lebenserwartung ist mit am niedrigsten in ganz Europa und liegt bei den Männern bei nur 64 Jahren, bei Frauen bei 74 Jahren.

Drogen spielen eine immer größere Rolle, auch im Zusammenhang mit Selbstmorden bzw. Selbstmordversuchen. Straftaten unter Drogeneinfluß nehmen zu; andererseits sind Drogensüchtige immer häufiger Opfer von Straftaten. Dabei gibt es vergleichsweise viele Politoxikomane, die alles nehmen, was einen Rausch verursacht und was sie bekommen können. Solange man aber der Armut, der Arbeitslosigkeit, dem dadurch bedingten Alkoholismus und der allgemeinen Neurose nicht Herr wird, solange ist es kaum zu erwarten, daß es weniger Straftaten gibt. Die Probleme sind gesellschaftlich und (sozial-) politisch bedingt.

Eine der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme war und ist dabei der Wohnungsmangel, der auch durch die Wende nicht gelöst werden konnte. Man kann sogar behaupten, daß sich die Wohnverhältnisse noch weiter verschlechtert haben. Heutzutage werden noch weniger Wohnungen gebaut und zu noch höheren Preisen vermietet als früher, und das, obwohl sich das Durchschnittseinkommen kaum verändert hat.

Die früheren, vom Staat in großen "Fünfjahresplänen" erbauten Betonsilos in den Großstädten sind eine unmenschliche Form des Zusammenpferchens Tausender von Men-

schen. Durch ihre Unpersönlichkeit, durch ihr Entfremdetsein sind sie Brutstätten von Drogenkonsum, Kriminalität, Alkoholismus, Suizid und psychischer Krankheiten. Es wohnen oft mehrere Generationen zusammen und das Zusammenleben bringt neben den allgemeinen Generationskonflikten weitere Probleme mit sich. Trotz allerdings geringer staatlicher Unterstützung wird es für Jungverheiratete immer schwieriger, eine eigene Wohnung zu bekommen. Dies verursacht meist Eheprobleme, die verbal und nonverbal auch vor den Kindern ausgetragen werden, die somit zu Mitleidenden gemacht werden, und nach einer Zeit von zu Hause entfliehen. Jede dritte Ehe endet mit einer Scheidung, die Kinder bleiben meistens bei der Mutter, die den ganzen Tag arbeitet, um die Familie aufrechtzuerhalten, sich aber so kaum um die Kinder kümmern kann. Dieses Phänomen kommt allerdings auch in intakten Familien vor, denn im allgemeinen arbeiten in Ungarn beide Ehepartner jeweils in mehreren Jobs, um die finanzielle Lage der Familie sichern zu können. Leider reicht dies oft nicht einmal dafür aus, die nötigen Einkäufe machen zu können, und noch weniger, um z.B. eine Wohnung zu kaufen. Auch hier sind es wieder die Kinder, um die sich aus zeitlichen Gründen keiner kümmert. Die politische Diktatur mag abgeschafft sein; sie wurde aber durch die Diktatur des Geldes, der materiellen "Werte" ersetzt.

Kinderkrippen und Kindergärten werden aufgrund des Wegfalls staatlicher Subventionen geschlossen, und dennoch haben sie - zusammen mit den Schulen - die Aufgabe, die Kinder zu erziehen. Das wiederum ist ebenso unmöglich, weil die Schulen dieselben Probleme bieten: Es gibt zu große Klassen mit überlasteten und nervösen LehrerInnen, die neben ihrem Beruf auch noch die eigene, immer noch die traditionelle Rollenaufteilung darstellende Familie versorgen müssen. Dabei werden immer weniger moralische, geistige oder seelische Werte vermittelt. Die etablierten Kirchen scheinen gescheitert zu sein, nicht ohne Grund verfallen immer mehr Jugendliche verschiedenen Sekten.

Der ehemals scheinheilig gepriesene Kollektivgeist, den es im übrigen nie gab, wird auch immer weniger anerkannt, umso weniger, als auch der Konsum, die Verbrauchergesellschaft und der "Self-made-man" gepriesen werden: In einem dem "Manchester-Kapitalismus"- ähnlichen Wirtschaftssystem und bei "albanischen" Löhnen.

Unter solchen Verhältnissen, während dieser nun schon zehn Jahre dauernden Übergangszeit, die teils chaotische Verhältnisse zustande brachte, und der allgemeinen Anarchie freien Lauf läßt, wird es noch schwieriger, sich oben halten zu können und ein verhältnismäßig ehrliches Leben zu führen. Die Aussichtslosigkeit für viele wird durch die zumindest bis vor kurzem wachsende Arbeitslosenzahl noch unterstrichen. Erziehungsheime und Jugendstrafanstalten sind noch weniger als die Schulen dazu fähig, Werte zu vermitteln, die Erziehung scheint insgesamt in eine dunkle Sackgasse geraten zu sein, aus der niemand einen Ausweg weiß. Der überall deutlich werdende Geldmangel spielt so-

wohl individuell als auch strukturell eine entscheidende Rolle. Wünsche und Träume, die man mit der "Wende" wie selbstverständlich sich realisieren sah (wie Reisen oder kulturelle Erlebnisse) können nur von wenigen verwirklicht werden. Das kulturelle und das Bildungsleben stecken zudem in einer Krise, weil es auch hier keine oder nur sehr wenig staatliche Unterstützung gibt. Kinos, Theater und Schulen schließen, Lehrkräfte werden auf die Straße gesetzt, und müssen sich zu Versicherungsagenten, Bankangestellten, Fremdenführern oder Vertriebsberatern umschulen lassen. Die Menschen können es sich immer weniger leisten, am Wochenende mit der Familie in ein Theaterstück, einen Film oder ein Konzert zu gehen, und die Institutionen sind einfach gezwungen, auf wertlose Stücke, Musicals, Filme etc. umzusteigen, um wenigstens manchmal vor vollem Haus spielen zu können. Ähnlich ergeht es der anspruchsvollen Literatur, die durch billige Comics und Hefte ersetzt wird. Auch das Gesundheitswesen ist in einer leidenden Position: Krankenhäuser werden geschlossen, Ärzte und Personal entlassen.

Die oben angeführten Gründe sind schon ausreichend, um verstehen zu können, warum die Kriminalität ansteigt, warum immer mehr Jugendliche zu Straftätern werden, und ihr "Glück" in devianten Lebensformen suchen. Die Erfahrung dessen, daß es fast unmöglich ist, in der Realität glücklich zu werden, zwingt viele, verschiedene Formen des "Ersatzglücks" zu genießen. Drogen und Alkohol ersetzen die mangelnden positiven Gefühle. Der gemeinsame Drogenkonsum, die ständigen Kneipentouren, die organisierten Banden stehen für fehlende Gemeinschaften und fehlenden Kollektivgeist, für entbehrte familiäre Wärme. Sie sind eine Verneinung des allgemeinen Egoismus der Gesellschaft. Viele haben Probleme mit ihren Selbstwertgefühlen, sie fühlen sich in einem Vakuum, haben keine Ziele, aber Anpassungsschwierigkeiten, und können ihre Probleme allein einfach nicht lösen, mit ihnen "normal" umgehen. Und in ihrer gesellschaftlichen Umgebung finden sie immer weniger Halt. Jeder ist mit seinen eigenen Problemen beschäftigt. Dazu kommt noch, daß es auch sehr große Schwierigkeiten bereitet, mit der Freiheit umzugehen, viele können mit ihrem völligen Alleinsein, mit ihrem Auf-Sich-Gelassensein nichts oder wenig anfangen. Die Entscheidungsfreiheit und demokratische Mitbestimmung wird so für manche zur Last und sie kann „neurotisieren“, besonders nach so vielen Jahren der Unterdrückung, des zentral gesteuerten Unmündigseins.

## **2. Die Kriminalitätsentwicklung im Vergleich mit anderen Großstädten**

Eine 1997 von Thomas Feltes durchgeführte Untersuchung zur Entwicklung der polizeilich registrierten Kriminalität zwischen 1990 und 1995 in mehreren Großstädten Ost- und Westeuropas hat gezeigt, dass zwischen 1990 und 1995 die von der Polizei registrierten Straftaten zum Teil beträchtlich anstiegen. Berechnet man diese Werte auf jeweils 100.000 der Wohnbevölkerung, dann ist für Ungarn von einem Anstieg von 110% auszu-

gehen. Im gleichen Zeitraum stieg demgegenüber die Kriminalität in der Hauptstadt Budapest lediglich um 22,2% an. Dieser Trend zeigt sich auch in den meisten anderen europäischen Staaten: Die polizeilich registrierten Taten stiegen in den Ländern insgesamt deutlich stärker an, als dies in den meisten der in die Untersuchung einbezogenen Hauptstädten der Fall war. Lediglich in Ankara und Oslo stieg die Kriminalitätsbelastung in der Stadt stärker als im Land insgesamt. In einigen Ländern ging die Kriminalitätsbelastung in den Hauptstädten sogar zurück, während sie im Land insgesamt anstieg. Im einzelnen zeigte die Untersuchung folgende Entwicklungen (Prozentwerte jeweils berechnet anhand der Zahlen je 100.000 Einwohner):

<b>Stadt</b>	<b>Veränderung der polizeilich registrierten Kriminalität 1990-1995</b>	<b>Veränderung im Land insgesamt 1990-1995</b>
<i>Budapest</i>	+ 22,2%	+ 110%
Prag	+ 60,7%	+ 73,6%
Ankara	+ 41,5%	+ 16,5%
Oslo	+ 37,4%	+ 7,3%
Ljubljana	+ 8,0%	- 0,1%
Paris	- 1,0%	+ 2,4%
Wien	- 5,3%	+ 0,9%
London	- 5,3%	+ 9,9%
Kopenhagen	- 5,9%	+ 0,7%
Stockholm	- 11,9%	- 8,8%
Helsinki	- 26,6%	- 12,9%

Versucht man nicht nur die zeitliche Entwicklung, sondern auch die Kriminalitätsbelastung in den genannten Städten miteinander zu vergleichen, so stösst man auf kaum überwindbare Schwierigkeiten aufgrund nicht kompatibler Daten. Ungeachtet dessen dürfte die Tendenz deutlich sein, dass in den meisten osteuropäischen Ländern noch ein zum Teil erheblicher „Nachholbedarf“ besteht, der für die nächsten Jahre keine erfreulichen Entwicklungen erwarten lässt.

### **3. Eine Studie der ungarischen Polizei zum Sicherheitsgefühl in Ungarn**

1995/96 wurde im Auftrag der gesellschaftswissenschaftlichen Kommission des Budapester Polizeipräsidiums von einer Arbeitsgruppe des Instituts für Politische Wissenschaften der Ungarischen Akademie für Wissenschaften eine Untersuchung zum Thema "Subjektives Sicherheitsgefühl" durchgeführt<sup>1</sup>. Die Studie erfaßte drei Bezirke der Hauptstadt sowie zwei andere Großstädte Ungarns und ein Bevölkerungsmuster von jeweils 150 Personen. Insgesamt wurden 750 Personen befragt. Die Forscher verglichen ihre Ergebnisse mit denen ihrer Erhebung aus dem Jahre 1993 unter dem Titel "Meinungen aus dem Kreis der Bevölkerung über die öffentliche Sicherheit". Wo es die Thematik ermöglichte, waren sie bestrebt, die Fragen der Erhebung von 1993 zu wiederholen.

#### **2.1 Die wichtigsten Ergebnisse**

Die Ergebnisse der Erhebung können wie folgt zusammengefaßt werden: Die Hypothese der Forscher, daß in Zeiten radikaler wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und wertmäßiger Umwälzungen, sowie der gleichzeitig auftretenden Krisen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger instabiler wird, hat sich bestätigt. Die mehrseitig bedingte Instabilität erhöht das Bedürfnis nach ruhigem, ausgeglichenem und sicherem Leben. Im subjektiven Sicherheitsgefühl des Einzelnen spielen sowohl makrogesellschaftliche, wirtschaftliche, politische Tendenzen als auch mikrogesellschaftliche Verhältnisse (Arbeitsstelle, Familie, Freundeskreis) eine Rolle. Je stabiler diese Verhältnisse sind, desto sicherer fühlen wir uns. Natürlich spielt dabei auch das Individuum eine Rolle. Die Ungarn mußten in diesem Jahrhundert sechs bis acht Systemwechsel durchmachen, was natürlich die Gestaltung und die Einübung von Überlebensstrategien erforderte. Die Anpassung des Einzelnen an die jeweils neuen Verhältnisse war mit Ängsten verbunden, und bedeutete große Lasten für die Bürger. Nicht ohne Grund hat der berühmte ungarische Denker dieses Jahrhunderts, István Bibó gemeint, daß die Demokratie ein Leben ohne Angst bedeute. Der Zerfall der Gesellschaft in Arme und Reiche mit der Tendenz, weiter auseinanderzudriften, die hohe Inflationsrate, die Rezession, die enorme Staatsverschuldung, die hohe Kriminalitätsrate u.a.m. tragen dazu bei, daß sich der Bürger unsicher fühlt, keine sicheren Zukunftsperspektiven hat, und selbst mit seiner Vergangenheit nur unsicherer umgehen kann. Durch den Systemwechsel umgeben den Bürger auf einmal Probleme, die er mangels Erfahrung kaum lösen kann oder kaum mit ihnen umzugehen weiß. So ist es verständlich, daß sich

---

<sup>1</sup> Böhm, Antal - Juhász, Erika - Szógyi, Lenke: A szubjektív biztonságérzet I-IV. In: Belügyi Szemle, Nr. 5. Juni (S.53-62), Nr. 6. Juli-August (S.62-74), Nr.9. Sept.(S.27-37), Nr. 10. Okt.(S.20-33), Budapest 1996

viele nach der ehemaligen existenziellen Sicherheit sehnen.

Das subjektive Sicherheitsgefühl wird von vielen Faktoren beeinflusst. Einer - wenn auch nicht der wichtigste - ist die tatsächliche öffentliche Sicherheit. Sie steht in enger Korrelation zum Sicherheitsgefühl. Unter guter oder sich verbessernder öffentlicher Sicherheit empfinden die Staatsbürger auch andere, bessere Lebensverhältnisse und umgekehrt. In der Erhebung wurde versucht, das Sicherheitsgefühl des Einzelnen aus seiner Beurteilung der öffentlichen Sicherheit darzulegen bzw. ein Bild darüber zu bekommen, wie zufrieden oder unzufrieden die Befragten mit ihren eigenen Verhältnissen waren. Bei Alleinstehenden bezieht sich das subjektive Sicherheitsgefühl auf die eigene Person, bei Familien werden diese Einschätzungen oftmals auf die anderen Familienangehörigen projiziert. Das Zufriedensein oder Unzufriedensein des Einzelnen ist auch durch seine Wohnverhältnisse bestimmt. Am meisten zufrieden mit ihrer Umgebung erwiesen sich diejenigen, die in Einfamilienhäusern leben. Weitere Faktoren, welche die Lebensart der Befragten bedingen und die zum Sicherheitsgefühl des Einzelnen beitragen, waren die außerfamiliären Kontakte, die Art und Weise, wie sie ihren Urlaub verbringen sowie ihre Vermögenslage. Der Studie zufolge steht die Beurteilung der Situation im Bereich der öffentlichen Sicherheit auch in engem Zusammenhang mit der Sicherheit der Wohnstätte, der Siedlung, des Bezirks und der engeren Wohnumgebung.

Die Menschen erwarten zudem eine qualitativ bessere Arbeit der Polizei und der Sicherheitsorgane. Für ihre eigene Sicherheit wollen sie mehr Polizisten und eine technisch besser ausgerüstete und besser bezahlte Polizei, strengere Gesetze, härtere Strafen (z.B. die Wiedereinführung der Todesstrafe) und eine strengere Rechtsordnung. Schließlich gibt es erhebliche regionale Unterschiede in der Beurteilung der allgemeinen Sicherheit, im subjektiven Sicherheitsgefühl der Befragten und in ihren Erwartungen. Die Meinungen werden beeinflusst durch Wohnort, Alter, Geschlecht, Schulabschluß und von die Situation in der nahen Umgebung des Befragten.

## **2.2 Der Vergleich zu 1993**

Im Vergleich zur Erhebung 1993 wurde die öffentliche Sicherheit trotz der steigenden Kriminalitätsrate positiver beurteilt, was wahrscheinlich dadurch zu erklären ist, daß die Befragten ihren ersten Schock bereits überwunden haben, und mit der Lage besser umgehen können. Eine Rolle könnte auch spielen, daß die Kriminalität nicht in dem Maße steigt wie früher. Auf die Frage nach den Faktoren, welche zum Steigen der Kriminalität beitragen, gaben die meisten (80,2%) die immer schlechter werdenden Lebensverhältnisse an. Als zweiter Faktor wurde die Arbeitslosigkeit erwähnt (58,1%), als dritter ausländische Mafia-Gruppen (45,6%), als vierter die zu milden Strafen (38,6%), als fünfter die organisierte Kriminalität (26,4%). Darauf folgten die "extremen Vermögensunterschiede"

mit 18,2%, die "Unbeholfenheit der Polizei" mit 16,8%, die Antwort, daß es sich nicht lohne, ehrlich zu leben mit 12% und zum Schluß der Drogenkonsum mit 6,7%.

Auffallend viele Befragte waren danach der Meinung, daß die Kriminellen zu milde Strafen bekämen, daß die "Kleinen" härter bestraft würden als die "Großen", daß man die Todesstrafe hätte nicht abschaffen sollen und daß die Arbeitslosigkeit in direktem Verhältnis zur Kriminalität stehe.

Auf die Frage, welche Bevölkerungsgruppe die Befragten am gefährdetsten empfinden, erwähnten die meisten die Kinder an erster Stelle, dann die Jugendlichen und die Alten, an dritter Stelle die Frauen. Nicht erwähnt wurden Männer, wobei sie diejenigen sind, die am häufigsten Opfer von Straftaten werden. Die Gefahren der nahen Umgebung spielen eine erhebliche Rolle in der Beurteilung des Sicherheitsgefühls. So erwiesen sich die ländlichen Städte am sichersten. Die Angst in der nahen Umgebung steht sowohl mit dem Geschlecht als auch mit dem Alter in Verbindung. Frauen, ältere Menschen, aber auch junge Eltern mit Kleinkindern erweisen sich z.B. als ängstlicher. Eltern wurden auch konkret nach ihren Ängsten befragt, die meisten fürchteten sich davor, daß ihr Kind Opfer eines Verkehrsdelikts wird (39,7%), an zweiter Stelle standen Sexualverbrechen und Belästigung (32%). Ein Ergebnis, das deutlich macht, welchen Nachholbedarf Ungarn im Bereich der Verkehrssicherheit hat. Die Eltern hatten nicht nur davor Angst, daß ihre Kinder Opfer eines Delikts werden, sondern auch davor, daß sie selber zu Kriminellen bzw. zu Drogenabhängigen werden.

In der Untersuchung wurde auch die Rolle der Polizei erfragt. Die Abschaffung der Kriminalität hielten die meisten (56%) für eine Aufgabe der Polizei. Auf die Frage nach Lösungsvorschlägen, was die öffentliche Sicherheit betrifft, meinten 24,6%, daß es mehr Polizisten bedürfe, 20,2% halten eine besser organisierte, wirkungsvollere und qualitativ besser arbeitende Polizei bzw. die Verbesserung der Kontakte zwischen der Bevölkerung und der Polizei für eine Lösung. 10,1% waren für eine besser bezahlte Polizei. Im weiteren wurden noch die Verminderung der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung des Lebensniveaus (9,0%), die erzieherische Arbeit (5,4%), die sicherere Umgebung und die bessere Beleuchtung der Straßen und Plätze (3,1%), die Organisierung der Bürgerwehr (2,6%) und "Sonstiges"/die Kontrolle der Ausländer, die Förderung der Familien, die Vergrößerung der Rolle der Kirchen/ erwähnt (7,2%).

Schließlich sollten die Befragten auch die verschiedenen Institutionen nach ihrer Rolle in der Bekämpfung der Kriminalität beurteilen. Hier spielt die Polizei die wichtigste Rolle gefolgt von der Justiz und der Familie. Die weiteren Institutionen in der Hierarchie waren die Gesetzgebung, die Schulen, die Regierung, die Bürgerwehrgruppen und der Selbstschutz, die sozialen und die Hilfsorganisationen, schließlich die Kirchen. Im Vergleich zu 1993 stellte es sich heraus, daß 1993 die zivilen Organisationen in der Bekämpfung der

Kriminalität den Vorrang hatten (z.B. Familie, Schule, Propaganda, Kirchen), während jetzt die staatlichen Institutionen (wieder?) die entscheidende Rolle spielen. Es gibt aber immer noch eine ambivalente Situation zwischen Polizei und Bevölkerung: Einerseits wollen Bürger eine härtere Polizei, andererseits fürchten sie ihr brutales Durchgreifen, ihre Schikanen.

Die Frage nach weiteren Rechten und Befugnissen der Polizei trennt die Antworten in zwei fast gleich große Lager: Für 49,3% hängt die Sicherheit des Bürgers nicht von den Rechten der Polizei ab, 48,8% sind der Meinung, daß die Polizisten mehr Rechte erhalten sollten, und 2,0% meinten, daß die Polizei bereits jetzt über zu viele Befugnisse und Rechte verfüge. Regional gab es dabei Unterschiede, die Befürworter von weiteren Rechten kamen aus den kriminell "infizierteren" Bezirken bzw. Städten. Desweiteren wurden die Befragten gebeten, die Polizisten in bestimmten Situationen zu beurteilen. Die Antworten ergaben, daß je mehr der Bürger der Polizei ausgeliefert ist, desto schlechter wird er behandelt. Bei Unfällen oder Verkehrskontrollen benehmen sich die Polizisten den Erwartungen gemäß, (auch wenn die meisten Bürger solche Kontrollen nicht befürworten), Schwierigkeiten dagegen bekommt der Bürger, wenn er etwas mit der Polizei zu erledigen hat, als Verdächtiger verhört wird oder aber an einer Schlägerei teilnimmt.

### **2.3 Die Beurteilung der Todesstrafe**

In der Beurteilung der Strafen würden die Befragten die Todesstrafe bei folgenden Delikten verhängen: 77% bei sexuellen Morden an Kindern, 68% bei Raubmord, 27% bei Sexualverbrechen, 16% bei sexueller Belästigung von Kindern, 16% bei Fahrerflucht mit Todesfolge, 14% bei Drogenvertrieb oder -schmuggel, 7% bei tödlichen Unfällen (Überfahren mit Todesfolge), 4% bei Raubüberfällen und 2% bei Betrug und Unterschlagung in Millionenhöhe. Bildungsunterschiede spielen auch hierbei eine Rolle, die Antwortenden mit niedrigerem Schulabschluß wählten die Todesstrafe öfters.

### **2.4 Individuelle Schutzmaßnahmen**

Schließlich wurden auch die individuellen Schutzmethoden untersucht. Die traditionellen Methoden kommen danach immer noch am häufigsten vor. 54% der Befragten verfügen über eine verstärkte Tür oder Sicherheitsschloß, 17,5% über Gitter, 11,8% halten Hunde, bei 9,0% ist immer jemand daheim, nur 6,0% verfügen über eine Alarmanlage und 1,8% schützen sich auf eine andere Art und Weise.

## **3. Zusammenfassung**

Aufgrund dieser Ergebnisse läßt sich feststellen, daß die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen nebst neuen, bisher weniger bekannten devianten

Erscheinungen neue Ängste und Sicherheitsdefizite verursachen, denen die Bürger mit neuen Erwartungen und Forderungen an Polizei und Justiz beizukommen versuchen. Die Forscher meinen, daß es in Entscheidungen der Polizei und anderer staatlicher Institutionen, die die öffentliche Sicherheit betreffen, ratsam sei, die regionalen Unterschiede, die lokalen Gegebenheiten und Erwartungen in Betracht zu ziehen. Die genauere Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und der Erwartungen der Bürger könnten bei der Vorbereitung der Entscheidungen behilflich sein.